

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD

### **Bürgertelefon auch Anlaufstelle bei Diskriminierungen**

In Bremen gibt es ein umfangreiches Angebot von Anlaufstellen zur Hilfe bei erlebter Diskriminierung. Diese Angebote sind jedoch bis in die Unüberschaubarkeit vielfältig und nur wenigen Menschen bekannt. Viele von Diskriminierung Betroffene wissen nicht, an wen sie sich konkret wenden können. Es gibt in Bremen keine zentrale Antidiskriminierungsstelle, dies führt nicht selten für Betroffene zu einem Drehtüreffekt, bis sie die richtige Anlaufstelle gefunden haben.

Das Bürgertelefon Bremen (BTB) steht als erste Servicestelle den Bremerinnen und Bremern bei sämtlichen Verwaltungsanliegen beratend zur Seite. Im BTB sind hochkompetente und kommunikative Beschäftigte tätig, die sehr gut auf ihre Aufgaben vorbereitet werden, sie geben qualifizierte und schnelle Auskunft zu Dienstleistungen, vermitteln zu speziellen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern bei den Behörden und buchen Termine. Erreichbar sind sie nicht nur durch die 115 und die 3610, sondern auch durch viele andere, auf amtlichen Schreiben angegebene Telefonnummern und agieren somit als vorgeschaltete Stelle der einzelnen Ämter. Das BTB trägt außerordentlich zu einer hohen Serviceorientierung der öffentlichen Behörden bei und könnte in den Fällen von Diskriminierung mit schneller Vermittlung an die richtige Adresse helfen.

Im Informationssystem, mit dem das BTB arbeitet, sind bisher nicht ausreichend viele Erstinformationen zu den einzelnen Diskriminierungsberatungsstellen eingespeist, um eine passgenaue Weiterleitung zu ermöglichen. Es ist daher notwendig, das Thema Diskriminierungsformen verstärkt in die Informationssysteme des BTB zu integrieren. Mittels umfangreicher Ergänzungen des dort genutzten Informationssystems und der Festlegung von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern aller Anlauf- und Beratungsstellen könnten Hilfesuchende schnell und effektiv zu den geeigneten Organisationen vermittelt werden.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, das Bürgertelefon Bremen mit einem Informationssystem mit Daten, Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern sowie Aufgabengebieten aller Beratungsstellen Bremens auszustatten, um eine qualifizierte Weitervermittlung zu ermöglichen und dem Haushalts- und Finanzausschuss binnen sechs Monaten über die Umsetzung zu berichten.

Dr. Henrike Müller, Kabire Yildiz, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Max Liess, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD